Redaktion, Verlag und Druck von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr monatlich 12½ Sgr.; für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 16. Abendblatt. Donnerstag, den 10. Januar. 1867.

Deutschland

□ **Berlin**, 9. Januar. Die Wahl des Dr. Jacoby in Breslau muß als aufgegeben betrachtet werden. Das dortige liberale Wahlcomité, welches ihn in Aussicht genommen hatte, war zu einem bestimmten Programm übereingekommen und hatte dieses vorsichtiger Weise dem Dr. Jacoby vorgelegt. Dessen ausweichende Antwort: „seine Ansichten und Grundsätze seien hinlänglich bekannt" scheint als dem Programm wenig entsprechend aufgefaßt worden zu sein und zu wenig Garantie für eine Vertretung im Sinne der dortigen Wählerschaft gegeben zu haben, um bei dieser Wahl zu beharren. Auch die Berliner Maschinenbau-Arbeiter haben in einer kürzlich stattgehabten Versammlung alle Bemühungen, ihnen den Dr. Jacoby aufzuoktroyiren, vereitelt und sich für die Wahl von Schulze-Delitzsch erklärt. — Das Gerücht, daß General v. Moltke eine Wahl zum Parlament nicht annehmen werde, scheint aus denjenigen Kreisen herzustammen, welche diese Wahl nicht wünschen. In gut unterrichteten Kreisen wird versichert, daß General v. Moltke jedenfalls die Wahl annehmen werde und nicht die geringste Veranlassung zu obigem Gerücht gegeben habe. — Die von der demokratischen Presse verbreitete Nachricht: „die Landräthe und Ober-Bürgermeister hätten von der Regierung geheime Anweisung erhalten, etwaigen demokratischen Wahlkandidaten gegenüber selbst sich um die Wahl zu bewerben", ist selbstverständlich, wie auch Ober-Bürgermeister Bredt in den „Barmer Bl." öffentlich erklärt, vollständig unwahr; welchen Erfolg könnte auch eine derartige Anweisung haben? — Die Sorge der Gothaer, daß ihr Herzog die Regierung niederlegen und sein Land mit Preußen vereinigen wolle, ist unbegründet.

Die „Elberfelder Zeitung" hat sich wieder einmal eine großartige Zeitungsente von einer angeblichen preußischen Cirkulardepesche an die preußischen Gesandtschaften aufbinden lassen. Schon aus dem sehr undiplomatisch stylisirten Inhalt der angeblichen Depesche ist leicht bemerkbar, daß sie von Anfang bis Ende entweder den qu. Korrespondenten selbst zum Verfasser hat oder für diesen von inkompetenter Seite improvisirt worden ist. — Auch der wirkl. Geheime Rath v. Savigny hat der Divinationsgabe demokratischer Blätter wieder ein Avancement zu verdanken und ist von solchen zum Präsidenten des Bundesrathes eiligst creirt worden; die Regierung aber, welche dabei doch auch eine Stimme haben dürfte, weiß von dieser Ernennung, wie ich höre, durchaus Nichts. Wenn man erwägt, daß der Bundesrath überhaupt noch nicht existirt und daß seiner Existenz noch mancherlei wichtige Akte vorausgehen müssen, wird man wohl schwerlich zu dem Glauben geneigt sein, daß die Regierung so dringende Eile gehabt habe, einen Präsidenten für den noch nicht vorhandenen Bundesrath zu ernennen.

Da bei der Organisation der neuen Provinzen viele Beamte der alten Landestheile Verwendung gefunden haben, soll die Ernennung einer größeren Anzahl neuer Regierungsräthe in naher Aussicht stehen. — Eine zum Jahreswechsel vom Bischof und Domkapitle zu Fulda an Se. Majestät den König eingegangene Adresse soll von Sr. Majestät gnädigst aufgenommen und in sehr huldvoller Weise Beantwortung gefunden haben.

— Die Mitglieder der konservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses haben den nachstehenden Wahlaufruf zum norddeutschen Reichstage erlassen:

Die Wahlen zum Reichstage des norddeutschen Bundes stehen bevor. Dieser Reichstag soll mit den Regierungen der befreundeten und vertragsmäßig bereits verbundenen deutschen Staaten, welche den norddeutschen Bund bilden werden, die für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten unentbehrliche Verfassung vereinbaren. Seine Aufgabe ist mithin eine sehr wichtige und tiefgreifende und eine um so schwierigere, als nicht unwesentliche Vorurtheile und Hindernisse nach allen Seiten noch zu überwinden sind. Um so dringender ist es geboten, daß nicht allein jede politische Partei ihre ganze Thätigkeit wie ihren Einfluß aufbietet, jene Aufgabe zum dauernden Heile Preußens und Deutschlands zu lösen, sondern daß in dem gegenwärtigen Augenblick das gesammte preußische Volk wie ein Mann auftritt, um das Gebäude deutscher Einheit, zu welchem das „Volk in Waffen" den festen Grund gelegt, als einen Ehrentempel deutscher Nation in Eintracht zu vollenden. Fern sei es deshalb auch von uns, die Irrungen und Zerwürfnisse der jüngsten Vergangenheit von Neuem wachzurufen. Wir bieten Allen die Hand zum gemeinsamen Wirken, welche bereit sind, sich heute mit uns unter die Fahne zu stellen, welche uns bis dahin zum Siege geführt. Unser Programm ist ein kurzes und allgemein verständliches: das preußische Königthum der Mittelpunkt und Hort der deutschen Einheit und Freiheit und die deutsche Politik Sr. Majestät des Königs, wie sie als der Ausdruck des eigensten Königlichen Gedankens durch den Grafen Bismarck thatsächlich ins Werk gesetzt und repräsentirt ist, die Parole, der wir zu folgen und die wir zu vollenden haben. Das deutsche Volk erkennt je länger desto mehr, daß das preußische Königthum der Hort deutscher Macht und deutscher Ehre ist, es bekennt sich täglich lauter zu den Wahlsprüchen, unter denen unser König und Sein Heer den Sieg auf dem Schlachtfelde und die Herzen der bewundernden Völker gewonnen hat; es verwirft für immer die trügerische Staatskunst Derer, welche schwankend zwischen Verzagtheit und Uebermuth die durch die neueste Geschichte erhärtete Unhaltbarkeit ihres partikularistischen Standpunktes von Neuem in den Vordergrund zu drängen versuchen. Wie das Werk begonnen ist, so muß es auch hinausgeführt werden, und der Werkmeister kann allein der Mann sein, der, als ein treuer Diener seines Königlichen Herrn, den alten staatenbildenden Gedanken Preußens mit den Bausteinen des neunzehnten Jahrhunderts fortzusetzen verstanden hat. Darum schaaren wir uns um unsere bewährte Fahne und legen wir um so eifriger und energischer Hand an das Werk, als wir den ersten Versuch mit einem Wahlgesetze machen, das den hingebenden Patriotismus des ganzen Volkes und jedes Einzelnen zur unentbehrlichen Voraussetzung hat. Berlin, 20. Dezember 1866.

— Das Central-Comité des preußischen Vereins zur Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger hatte am 1. Mai 1865 einen Preis von 100 Friedrichsd'or für die beste Abhandlung über das Thema ausgesetzt: „Wie die Privathülfe organisirt werden müsse, um die Krankenpflege der im Felde verwundeten und erkrankten Krieger möglichst zu unterstützen." In Folge dessen waren dem Comité 7 Arbeiten zugegangen, die Seitens einer dazu ernannten und aus den besten medizinischen Autoritäten bestehenden Jury einer genauen Prüfung unterzogen wurden. Auf Vortrag dieser Jury hat das Comité nun gestern Abend den erwähnten Preis einer in französischer Sprache abgefaßten, 3 Bände umfassenden Arbeit, welche sich nach Oeffnung des Begleitcouverts als das Werk der Herren Doktoren Monnier und Apiat zu Genf herausstellte, zuerkannt, während der zweitbesten Arbeit, die aus der Feder des Doktors Loewenhard zu Prenzlau geflossen ist, eine ehrenvolle Erwähnung zu Theil wurde.

— Laut Bekanntmachung des Finanzministers waren am 31. Dezember 1866 5,134,000 Thaler in Darlehnskassenscheinen in Umlauf.

— Nach neuester Anordnung werden alle seitherigen sechspfündigen gezogenen Gußstahl-Kanonen von der Feldartillerie entfernt und nur noch zur Festungs-Artillerie verwendet werden. Die Feldartillerie erhält statt der Gußstahl-Geschütze mit dem sogenannten „Kolben"-Verschlusse Kanonen von demselben Metalle nach neuerer Konstruktion, nämlich hinten mit „Keil"-Verschluß. Hierdurch werden je drei Mann der früheren Bedienungsmannschaft überflüssig. Ferner erhalten unsere neuen Feldgeschütze sogenannte „Keilzüge", Züge, welche hinten breiter sind und nach vorn schmäler auslaufen, um auf diese Weise die Richtung des Geschosses, welches sich beim Abfeuern dichter in die Züge drückt, sicherer zu leiten.

— Dem „Fr. J." schreibt man aus Thüringen: Zu den schwersten Opfern, welche das norddeutsche Bündniß von den Kleinstaaten fordert, gehört wohl unbestritten die Höhe des künftigen Militärbudgets. Wenn wirklich zur Friedensarmee 1 Prozent der Bevölkerung herangezogen und für jeden Soldaten 225 Thaler bezahlt werden sollten, so würden sich die Leistungen der thüringischen Staaten, gemäß einer uns heute zu Gesicht gekommenen Zusammenstellung, wie folgt berechnen. Es würden zu zahlen haben:

1) Weimar	für	2802	Mann	630,450	Thlr.
2) Meiningen	„	1780	„	400,500	„
3) Altenburg	„	1419	„	319,225	„
4) Coburg Gotha	„	1645	„	370,125	„
5) Schwarzburg-Rudolstadt	„	737	„	165,825	„
6) „ Sonderhausen	„	662	„	145,220	„
7) Reuß jüngere Linie	„	864	„	194,400	„
8) Reuß ältere Linie	„	438	„	98,550	„

Im Ganzen würde dies über 10,000 Mann und über 2,300,000 Thaler betragen. Bringt man dagegen den seitherigen Militäretat in den genannten Staaten in Rechnung, so ergiebt sich, daß derselbe in Zukunft um mehr als das Doppelte sich erhöhen muß. Werden die Zolleinnahmen dazu verwendet, so würden diese noch lange nicht ausreichen; es würde z. B. Weimar noch über 350,000 Thaler zuzulegen haben, während jetzt der ganze Militäretat dort 200,000 Thaler kaum übersteigt. Angesichts dieser Verhältnisse wird es Aufgabe der Regierungen und des Parlaments sein, die Neuorganisation so zu gestalten, daß darin eine Entschädigung für die enormen Opfer gefunden werden kann. — Angesichts dieser, von Preußen schon seit mehr als 50 Jahren getragenen Lasten stöhnen die Kleinstaaten schon jetzt, daß es einen Stein erbarmen könnte. — Freilich, mit dem Koboldschießen und Biertrinken ist jetzt nichts mehr zu machen. Man soll jetzt bezahlen, und da hört der Patriotismus der Partikularisten auf. — Es hätte diesen Verehrern des Schlaraffenthums schon behagt, noch länger sich von Preußen beschützen zu lassen und auf die „preußischen Zustände" und die „hohen Steuern" zu schimpfen.

— Die Mitglieder des hiesigen diplomatischen Korps hatten mehrfach Gelegenheit, mit den Bundesbevollmächtigten der norddeutschen Staaten zusammenzutreffen. Verläßlichen Mittheilungen zufolge sollen die Bundesbevollmächtigten nicht für geboten erachtet haben, sich eine allzugroße Reserve aufzuerlegen, so daß die fremden Gesandten in die Lage sich versetzt gesehen haben, über den Gang der Konferenzverhandlungen und Manches, was Bezug darauf hat, ihren Regierungen berichten zu können. Es steht außer Zweifel, daß die preußische Regierung von diesen Vorgängen Kenntniß erhielt und daß sie sich bemüßigt hielt, in einer Cirkulardepesche an ihre Vertreter im Auslande ihre Position im Allgemeinen spezieller anzudeuten. Der Inhalt des Cirkulars wird in einer offiziösen Korrespondenz mitgetheilt. Es wird darin gesagt, daß Preußen, wenn es auch mit allen Staaten in gutem Einvernehmen stehe, doch nach keiner Seite hin gebunden sei. Die Situation Preußens und Norddeutschlands ium Auslande sei so gut, daß man für das neue Jahr eine allgemeine Beruhigung der Gemüther in ganz Mittel-Europa hoffen könne und der Friede gesichert erscheine. Eine Störung der Konstituirungs-Arbeiten für den norddeutschen Bund stehe nicht zu besorgen. Für irgend welche Allianzen im engeren Sinne liege kein Bedürfniß vor. Gegen Oesterreich werde jede Rücksicht beobachtet werden, die irgend mit den Interessen Norddeutschlands verträglich sei. Das Verhältniß zu Dänemark und Holland wird ungeachtet der nordschleswigschen und luxemburgischen Frage als ebenso freundlich bezeichnet, wie es zu Belgien schon immer bestand. Preußen könne sich daher ohne äußere Sorge der bedeutsamen und folgewichtigen Arbeit für die Neubildung Deutschlands überlassen.

— Die National-Invaliden-Stiftung, welche unter dem hohen Schutze unseres Kronprinzen steht, hat, wie die „Provinzial-Korr." berichtet, mit ihren Geldsammlungen einen guten Anfang gemacht. Bei dem „Central-Comité" in Berlin sind bisher schon über 250,000 Thaler von Deutschen aus allen Ländern und Welttheilen eingegangen. An laufenden Beiträgen für 1867 und fernerhin sind etwa 2000 Thaler jährlich zugesichert. Das Verzeichniß der Beiträge wird in nächster Zeit veröffentlicht werden. Das „Central-Comité" hat zu Unterstützungen bisher 8000 Thlr. unmittelbar verwendet. Die Bildung von Zweigvereinen ist in allen Landestheilen im Gange; es ist zu wünschen, daß dieselbe durchweg beschleunigt werde. Vornehmlich aber mögen alle Einzelnen der patriotischen Pflicht, für die National-Invaliden sorgen zu helfen, fort und fort eingedenk bleiben. In der ersten Zeit nach dem Kriege mag es Manchem in Folge der Opfer und Lasten, die der Krieg selbst auferlegt hatte, schwerer gewesen sein, alsbald reichlich für die Invaliden beizusteuern. Jetzt aber möge Jeder bei dem freudigen Rückblick auf den herrlichen Gewinn des Jahres 1866 Derer mit der That gedenken, welche ihre Gesundheit und ihre Erwerbsfähigkeit dafür eingebüßt haben.

(Auch die Geldbeiträge, welche Privatleute „An das Central-Comité der National-Invaliden-Stiftung zu Berlin" oder „An den geschäftsführenden Ausschuß des Central-Comité's ꝛc." einsenden, werden von der Post portofrei befördert, wenn noch der Vermerk dabei steht: „Beitrag für die National-Invaliden-Stiftung.")

Berlin, 9. Januar. (Abgeordnetenhaus.) 50. Sitzung. (Schluß aus dem heutigen Morgenblatte.) Abg. Elven erhält das Wort für die Regierungsvorlage, welche er als eine natürliche Konsequenz der Anschauungen betrachtet, aus denen das Handelsgesetzbuch hervorgegangen und die von der Regierung auf den Nürnberger Konferenzen vertreten worden. — Abg. Reichenheim erklärt sich gegen die Vorlage, ohne Neues von Bedeutung anzuführen. Er meint, daß das Haus es der Regierung überlassen müsse, eine Vorlage zu machen, durch welche das Institut der vereideten Mäkler, das der inneren Berechtigung durchaus entbehre, ganz aufgehoben werde. — Abg. Schmidt (Randow) vertheidigt den Gesetzentwurf namentlich im Interesse der Mäkler selbst; wenngleich einige derselben sehr große Summen verdienten, so gebe es doch viele mehr, welche unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht existiren könnten. Uebrigens würde er mit der vollständigen Aufhebung des Instituts auch einverstanden sein. — Abg. v. Blanckenburg erklärt, daß er und seine Parteigenossen gegen die Vorlage stimmen würden, weil ihnen die dagegen geltend gemachten Bedenken als durchschlagend erschienen. Sie seien im Uebrigen auch für die vollständige Aufhebung des Instituts. — Abg. Graf Renard erklärt sich gleichfalls mit der Beseitigung des Mäkler-Instituts einverstanden, ist im Uebrigen für die Annahme der Regierungsvorlage, weil dieselbe vor einem Theile der Sünden das Gewissen der Mäkler künftig bewahren werde. Er glaube wohl an die Gerechtigkeit eines Richters, an die Pflichttreue eines Geistlichen — an die Enthaltsamkeit eines Mäklers nicht. (Heiterkeit.)

Die Rednerliste ist erschöpft, der Berichterstatter Abg. Roepell vertritt den Kommissionsantrag auf Genehmigung der Regierungsvorlage; bei der großen Unruhe des Hauses ist der Referent nicht zu verstehen. Darauf wird zur Abstimmung geschritten, über deren Reihenfolge sich eine längere Debatte erhebt, welche dazu führt, daß zuerst über das Twesten'sche Amendement abgestimmt wird, dann über die Regierungsvorlage ohne das Amendement. Das Twesten'sche Amendement wird mit großer Majorität vom Hause abgelehnt. Darauf wird auch der Gesetzentwurf selbst verworfen. — Es folgt die Schlußberathung über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Einführung der Klassensteuer an Stelle der Mahl- und Schlachtsteuer in der Stadt Wittstock. Referent Abg. Krieger (Berlin) rechtfertigt den Antrag der Kommission, dem Gesetzentwurfe die Zustimmung zu ertheilen. Er führt an, wie die Zahl der Städte, in welchen die Schlacht- und Mahlsteuer erhoben wird, sich stets vermindert habe, wie aber noch lange Zeit vergehen werde, bis diese Steuer ganz aufgehoben würde; was man thun könne, um diesen Zeitpunkt zu beschleunigen, das müsse man thun. (Die Bänke des Hauses leeren sich während seines Referats fast vollständig.) — Zur General-Diskussion nimmt der Abg. Dr. Löwe-Calbe das Wort: Er schließt sich den Gründen des Referenten vollständig an. Er erkennt an, daß die Regierung über die Frage, ob die Mahl- und Schlachtsteuer zweckmäßig sei, Gutachten eingefordert habe, aber solche Gutachten seien bedenklich, denn dabei handle es sich nicht nur um die Frage, ob die Steuer gut oder schlecht sei, sondern auch darum, wie sie ersetzt werden sollte. Welchen Einfluß diese letztere Frage habe, das zeigen die Vorgänge in Berlin, wo sich die Stadtverordneten-Versammlung im Hinblick auf die Schwierigkeit, diese Steuer zu ersetzen, für die Beibehaltung der Schlacht- und Mahlsteuer entschieden habe. Er hält die allgemeine Abschaffung der Schlacht- und Mahlsteuer für nothwendig und legt dies der Regierung an's Herz. —

Der Regierungs-Kommissar erklärt, daß die Regierung es für angemessen hält, den betheiligten Städten eine wesentliche Stimme bei der Frage wegen Aufhebung dieser Steuer zuzugestehen und besonderes Gewicht auf deren Meinung zu legen; wenn sich die Mehrzahl der großen Städte für Aufhebung erklärt, so wird die Regierung die Frage in Erwägung ziehen. — Abg. v. Vincke (Hagen) meint, der Abg. Löwe habe mit Recht ausgeführt, daß es sich darum handle, eine gerechte Besteuerung im Staat einzuführen, und dafür sei der Finanzminister ebenso verantwortlich, wie für die Einnahmen des Staates. In Westphalen sei man über diese leidige Steuer glücklich hinweggekommen, und er dürfe für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, auf den Provinzial-Landtagen redlich dazu mitgewirkt zu haben. Auch in den neuen Provinzen existire die Steuer nicht und es würde doch im höchsten Grade unzuträglich sein, dieselbe in den alten Provinzen festzuhalten, während die neuen davon befreit wären. Von einer Einführung dieser verwerflichen Steuer in die einverleibten Landestheile würde wohl nicht die Rede sein können. Die Abgeordneten v. Vincke (Olbendorf) und Michaelis sprechen sich in gleichem Sinne aus, der Letztere unter Betonung der Beschädigung, welche der Staat durch die schädliche Rückwirkung dieser Steuer auf die Landwirthschaft (Weizenkultur, Fleischverbrauch) erleide.

Der Abg. Gneist hält es für unzweckmäßig und verfehlt, daß die Regierung die Kommunen über die zweckmäßigste Art der Kommunalbesteuerung befrage. Dabei könne kein vernünftiges Resultat erzielt werden, denn die zeinander widersprechendsten und vielfach mißverständlichen Gutachten würden alsdann abgegeben. Auf diese Weise wolle die Regierung etwas von sich abwälzen, was ihr obliege: unter Beachtung der von der Volksvertretung gegebenen Winke die zeitgemäße und den Verhältnissen entsprechende Reform der Besteuerung ins Werk zu führen. — Abg. Virchow hebt die Beeinträchtigung hervor, welche die arbeitenden Klassen durch diese Steuer erleiden; diese müßte die Regierung sich längst klar gemacht haben Hier in Berlin sei die Aufhebung der Steuer bloß an der Unklarheit, welche über dem neuen Steuermodus geherrscht habe, gescheitert. — Der Schluß der Debatte wird beantragt und angenommen. Darauf wird zur Abstimmung geschritten und das Gesetz vom Hause einstimmig angenommen. — Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Kommission für das Justizwesen über den Gesetzentwurf, betreffend die Bestrafung der unbefugten Aneignung von Bernstein und die Abänderung der Bestim-

mungen im Zusatz 228 des ostpreußischen Provinzialrechts. Die Kommission hat den Regierungsentwurf amendirt, außerdem sind von mehreren Abgeordneten Amendements eingebracht. Die Regierung ist mit dem Kommissionsantrage einverstanden, dieser wird mit großer Majorität angenommen, nachdem die übrigen Amendements theils vom Hause verworfen, theils von den Antragstellern zurückgezogen sind. — Das Haus geht dann zu dem Berichte der Kommission für Finanzen und Zölle über, betreffend den Gesetzentwurf über die Regelung der direkten Besteuerung in dem Fürstenthum Hohenzollern-Hechingen. Referent Abg. **Graf** rechtfertigt die Anträge der Kommission, welche dahin gehen, im §. 1 des Gesetzes, welcher die einzelnen „durch Königliche Verordnung" aufzuhebenden Abgaben bezeichnet, hinter den Worten „Königliche Verordnung" einzuschieben: „bis längstens den 1. Januar 1870" und §. 5 der Regierungsvorlage, welche für Besitzer bisher steuerfreier Grundstücke eine Entschädigung festsetzt, zu streichen, da in dem landesherrlichen Erlaß vom 4. Mai 1848 ausdrücklich die Aufhebung der Steuerfreiheit der Fürstlichen Güter in Aussicht genommen ist gegen den Verzicht des Landes auf alle Forderungen wegen des Klosters Stetten, des Stifs Bisingen rc. Ferner geht aus dem Protokoll der Deputirten-Versammlung vom 15. April 1848 klar hervor, daß dies eine durchaus rechtsgültige Vereinbarung zwischen Fürst und Volk sei. — Nach dem Schluß der General- und Eröffnung der Spezial-Diskussion wird §. 1 der Vorlage mit dem von der Kommission beantragten Zusatz angenommen, ebenso die §§. 2, 3, 4. Zu §. 5 erhält das Wort Regier.-Kommissar **Sydow**: Wenn Sie dem Bezirke Hohenzollern-Hechingen die Wohlthaten des Gesetzes zokommen lassen wollen, so genehmigen Sie den §. 5. Die Regierung kunnte sich bei der Frage, ob und in wie weit hier eine Entschädigung zu gewähren sei, nur auf den Boden unserer Gesetzgebung seit 1861 stellen, durch welche unseren östlichen Provinzen eine solche Entschädigung gewährt worden ist; sie kann in keiner Weise auf die Anschauungen von 1848 zurückkommen. Die Verhandlungen vom April und Mai 1848 sind das Resultat einer erregten Zeit und es ist auch in ihnen über eine Entschädigung Nichts stipulirt. Eine ähnliche Zusicherung aber, wie die vom Herrn Referenten angeführte, enthält Art. 101 unserer Verfassung, diese ist aber durch die Gesetzgebung von 1861 erledigt. Der §. 5 hängt so eng mit dem ganzen Gesetz zusammen, daß ich dringend bitte, ihn anzunehmen. Abg. **Schanz** (gegen §. 5) ist auf der Journalistentribüne ganz unverständlich. Abg. **Aßmann** (gegen §. 5): Wir haben es mit einem klaren Vertrag zwischen Fürst und Land zu thun, dessen Rechtsgültigkeit kein Jurist der ganzen Welt bezweifeln kann. Der Inhalt des Vertrages ist so klar, daß wir jetzt unmöglich dem §. 5 zustimmen können.

Regierungs-Komm. **Sydow**: Die Interpretation des Vertrages kann allerdings Gegenstand der Diskussion sein. Ich bemerke nochmals, daß sich die Regierung nur auf den Boden der Gesetzgebung von 1861 stellen kann.

Abg. v. **Bonin**: Diesen Standpunkt der Regierung halte ich für durchaus verfehlt. Die Entschädigung des Fürsten liegt in dem Verzicht des Landes auf die angeführten Einkünfte; man kann ihn jetzt nicht noch einmal entschädigen wollen. (Bravo.)

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird angenommen, §. 5 gegen sehr wenige Stimmen der Rechten abgelehnt, die §§. 6, 7, 8 (jetzt 5, 6, 7), ebenso Eingang und Ueberschrift und schließlich das ganze Gesetz angenommen.

Präsident v. **Forckenbeck** theilt zwei vom Abgeordneten Paur eingegangene Gesetzentwürfe mit, betreffend die Freiheit der wahrheitsgetreuen Berichte der Reichstagsverhandlungen und die Zahlung von Diäten an die preußischen Reichstags-Abgeordneten. Auf den Vorschlag des Antragstellers wird Schlußberathung beschlossen.

Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr. Als der Präsident verkündete, daß erster Gegenstand der Tagesordnung die zweite Berathung und Abstimmung über die am 21. Dezember 1866 beschlossene Verfassungsänderungen sein werde, bittet Abgeordneter Twesten, damit zu warten, bis das Herrenhaus darüber beschlossen habe. Dagegen erklären sich Präsident von Forckenbeck, Abgeordnete v. Vincke (Hagen), Graf Schwerin, Lasker, welcher noch die Konfusion tadelt, die dadurch entstanden, daß die Regierung beiden Häusern zugleich die Vorlage gemacht habe und es für unzulässig erklärt, daß das Herrenhaus früher einen Beschluß fasse, als bis das Abgordnetenhaus das Gesetz zum zweiten Male gelesen habe. Abgeordneter Twesten zieht seinen Antrag zurück. Außerdem steht noch auf der Tagesordnung der erste Bericht der Agrar-Kommission über Petitionen, Bericht der Petitions-Kommission, Bericht über den Bau der Staats-Eisenbahnen und Wahlprüfungen. Schluß $3\frac{3}{4}$ Uhr.

Frankfurt, 8. Januar. Von mehreren Seiten wird jetzt für die Kandidatur des Herrn Ministers a. D. v. Bethmann-Hollweg, als Abgeordneten zum Reichstag, agitirt. Hr. v. Bethmann-Hollweg ist bekanntlich geborner Frankfurter und wäre unzweifelhaft eine sehr würdige Wahl. Neben ihm findet die Kandidatur des ehemaligen Schöffen Hrn. Dr. Souchay noch viele Anhänger. In demokratischen Kreisen plaidirt man für die Wahl des Herrn v. Rothschild.

Dresden, 7. Januar. Bei JJ. MM. dem Könige und der Königin hat heute Nachmittag von 2 Uhr an die Vorstellung mehrerer Kgl. preußischer Stabs- und Subaltern-Offiziere (etwa 120) durch den General der Inf. v. Bonin und den General-Major v. Kamienski stattgefunden.

Mannheim, 5. Januar. Gestern hat die Großh. Verwaltungsbehörde die Akten und Baarschaften bei der katholischen Stiftungskommission hier beschlagnahmt und daraus die auf die katholische Freischule Bezug habenden Papiere und Werthpapiere, letztere im Betrage von 7000 fl., entnommen. Die Stiftungskommission hatte sich geweigert, solche auszufolgen und gegen die Beschlagnahme Protest erhoben. Das Vermögen der katholischen Volksschule war s. Z. ausgeliefert worden.

Ausland.

Wien, 8. Januar. Die „Wiener Abendpost" bezeichnet in einem halboffiziösen Dementi die vom hiesigen „Morgenblatte" gebrachte Nachricht von der angeblichen Einrichtung eines eigenen Wahlbureau's im Staatsministerium, so wie auch die weitere Meldung, daß für sämmtliche Landbezirke bereits Regierungskandidaten aufgestellt worden seien, auf Grund der kompetentesten Information als vollkommen aus der Luft gegriffen. — Das halbamtliche Blatt vertheidigt die Regierung gegen die von den verschiedensten Seiten her gegen sie gerichteten, freilich einander sehr widersprechenden Angriffe; sie schreibt: „Was hätte die Regierung thun sollen, um die Stimmen aus den Landtagen ein natürliches Echo finden zu lassen? (Die „N. Fr. Pr." hatte das Januarpatent ein ganz unnatürliches Echo der Landtagsadressen genannt.) Das Schwergewicht der Behandlung der Verfassungsfragen in die Landtage verlegen (auch dafür erklärt sich „eine öffentliche Meinung"), den weiteren Reichsrath einberufen, oder den engeren? Ganz abgesehen von den materiellen und formellen Bedenken, die sich dem entgegenstellten, hätte jeder dieser Schritte, einseitig wie er gewesen wäre, den Widerspruch der Parteien nicht minder und berechtigter herausgefordert, als der Schritt des Januarpatents. Die Regierung will eben nicht die Trennung, sondern die Einigung der Völker, und diese Einigung glaubt sie nur dadurch zu erreichen, daß sie selbst den Schein einer Parteiregierung zu vermeiden bemüht ist. Sachlich ist sie den Wünschen und Anschauungen der Landesvertretungen entgegengekommen, soweit es nur immer möglich war. In der That hat nur eine einzige Partei Ursache, mit dem Januarpatent unzufrieden zu sein, das ist die Partei der Kontumazirung, der Vergewaltigung Ungarns. Wir zweifeln aber, daß sich allzu viele wichtigere staatliche Elemente gerade um diese Partei gruppiren werden."

— Die „Triester Ztg." ist in der erfreulichen Lage, einen, wenn auch geringen, aber muthmaßlich dauernden Fortschritt in der Besserung der Kaiserin Charlotte melden zu können, welcher darin besteht, daß die bekannten Wahnvorstellungen nicht so häufig und minder intensiv auftreten, wodurch eine nachhaltigere und für das ganze Befinden der Kaiserin sehr wohlthätige Ruhe herbeigeführt wird.

Die Presse ist mit Recht sehr unzufrieden damit, daß Herr v. Beust in vordringlicher Weise die orientalische Frage auf das Tapet bringen wolle. Oesterreich würde in seiner jetzigen Lage besser thun, sich so still wie möglich zu verhalten und sich mit der orientalischen Frage höchstens in der Absicht zu beschäftigen, um sie im Keime zu ersticken.

Paris, 8. Januar. Wie der heutige „Moniteur" meldet, sind hier von dem Admiral Roze, Oberbefehlshaber der Schiffsdivision in den chinesischen Gewässern, Depeschen vom 17. November eingetroffen. Nach der Einnahme Kanghoas hielt sich derselbe in einer stark verschanzten Stellung und ließ die Umgebungen der Stadt und die gegenüberliegenden Ufer der Halbinsel Korea durchforschen, wobei alle im Kanal befindlichen Dschonken zerstört wurden. Auf einem dieser Streifzüge verlor die Schaluppe der „Guerrière" durch feindliches Musketenfeuer drei Matrosen; ein anderes Mal wurden bei der Erstürmung einer von Koreern besetzten Pagode einige Franzosen verwundet. Da der Admiral Roze bald einsah, daß die Regierung Koreas, trotz des Schreibens des Königs, in welchem er zu Unterhandlungen eingeladen hatte, denselben keine Folge zu geben geneigt war, so beschloß er, Kanghoa zu verlassen, zumal der Winter heranrückte und damit die baldige Einstellung der Schifffahrt auf dem Flusse Salée zu befürchten war. Der Admiral ließ nun alle Königlichen Etablissements, sowie den Palast des Königs zerstören, worauf die französischen Matrosen wieder an Bord der vor der Insel Boisée vor Anker liegenden Schiffe gingen. Die Kisten mit den Silberbarren, etwa 200,000 Francs an Werth, Handschriften und Bücher von einigem wissenschaftlichen Werth wurden nach Shanghai geschafft, um von dort nach Frankreich befördert zu werden. Zugleich meldet noch der Admiral, daß es zweien Missionairen, die in Korea geblieben waren, gelungen ist, sich in Tschefu an's Land setzen zu lassen und sich an ihn anzuschließen. Die Zerstörung Kanghoas, eines wichtigen Kriegsplatzes, sowie der Pulvermagazine und öffentlichen Gebäude, die sich in jener Stadt befanden, hat, wie der „Moniteur" hinzufügt, der Regierung Korea's zeigen müssen, daß die Ermordung französischer Missionaire nicht ungestraft geblieben ist.

London, 7. Januar. Der hiesige griechische Konsul veröffentlicht in den Zeitungen folgende Nachrichten: Athen, 28. Dezember. Mustapha Pascha griff am 9. Dezember, nachdem seine Truppen das von ihnen passirte Dorf Alikiano geplündert hatten, die vorgeschobene Position der Christen bei Kares an und wurde nach fünfstündigem Kampfe gezwungen, sich mit einem Verluste von 500—600 Mann nach Laki zurückzuziehen. Ein englisches Kanonenboot trifft eben von Kreta hier (Athen) ein mit Nachrichten bis zum 26. Dezember. Die militärischen Operationen waren wegen der strengen Witterung eingestellt. Beim Passiren der Dörfer Orthouki und Cocaco Siafido metzelten die türkischen Truppen 30 Frauen und Kinder nieder. Auch in den Dörfern Galata und Skinez bei Canea fielen zwei friedliche Christen unter ihren Schwertern. Der Gouverneur von Canea hat die Konsuln durch Cirkular von der Blokade Kretas in Kenntniß gesetzt. Der Konsul der Vereinigten Staaten erklärte, er könne die Blokade nicht für rechtskräftig ansehen, da sie nicht vollständig sei. 2000 Weiber und Kinder, fast vor Hunger und Kälte sterbend, erwarteten an der Seeküste bei Selino ihre Rettung durch europäische Kriegsschiffe. Eine türkische Fregatte näherte sich der Küste und feuerte auf sie, wobei mehrere getödtet und verwundet wurden. Die Fregatte „Großadmiral" kam soeben mit 1200 geretteten Weibern und Kindern im Piräeus an.

Rom, 4. Januar. (N. A. Z.) Ein Fremder, der heute nach Rom käme und sich darauf beschränkte, die Straßen zu durchwandern, möchte leicht glauben, daß an den Berichten von Agitationen, welche seit dem Abzuge der Franzosen in der ewigen Stadt herrschen sollen, kein wahres Wort sei. Dem Anschein nach ist in der That Alles ruhig, und die Parteigänger der Regierung beuten diesen Umstand zu ihrem Vortheil aus, indem sie den friedfertigen Charakter der Römer und ihre Ergebenheit für den Papst in allen Tonarten rühmen. Dergleichen Reflexionen können Sie täglich in dem Organ dieser Partei, dem „Osservatore Romano", finden. Aber zwischen dem Scheine und der Wirklichkeit besteht ein bedeutender Unterschied, und wenn man als Fremder Gelegenheit hat, sich in Familienkreisen umzuthun, sich hier und dort nach der wahren Lage des Landes zu erkundigen, mit einem Wort, in den Herzen der Römer zu lesen, so wird man keinen Augenblick anstehen, das Beste zu wählen, was unter solchen Umständen zu thun ist, nämlich Rom so schnell als möglich zu verlassen.

Pommern.

Stettin, 10. Januar. Die in der letzten Stadtverordnetensitzung aus den vier Abtheilungsvorsitzenden gewählte Kommission, welche über die Verhältnisse des zum Sitzungslokal vorgeschlagenen ehemaligen **Saales der Abendhalle** in der Börse, nicht, wie wir irrthümlich meldeten, des Kasino-Saales", Bericht erstatten soll, hat bereits gestern eine Besichtigung des Saales vorgenommen, um sich über seine Zweckmäßigkeit zu informiren. Da derselbe weder geheizt, noch beleuchtet war, so wurde beschlossen, daß am Sonnabend Nachmittags 5 Uhr nach einander die einzelnen Abtheilungen die Wahlen zu den verschiedenen Deputationen dort abhalten sollen, so daß dann um 6 Uhr alle Mitglieder versammelt sein würden. Man wil bei dieser Gelegenheit zugleich das Urtheil hinsichtlich der akustischen Verhältnisse feststellen.

— Dem Fleischermeister **Mundt** aus Altdamm wurde gestern früh, als er sich mit seinem Wagen nach dem Fleischmarkt begeben wollte, auf der Strecke von der Langenbrücke bis zum Markte ein Korb mit verschiedenen Gegenständen, 4 eisernen Haken, einem Stahl, zwei Schlachtmessern, einer ledernen Tasche, zwei Schürzen, einem Tischtuch, außerdem aber noch 15 Pfd. Talg gestohlen. Man fand später den Korb ohne seinen Inhalt in der Langenbrückstraße. Der Dieb ist bis jetzt nicht ermittelt.

— Eine bereits bejahrte hiesige Dame wurde gestern auf ihrem Wege durch die Schuhstraße von einem plötzlichen Unwohlsein befallen und verstarb kurze Zeit darauf nachdem sie einstweilige Aufnahme in einem dortigen Geschäftslokale gefunden hatte, am Herzschlage.

— Gestern Abend gegen 5 Uhr wurde ein dem Schleifanstaltsbesitzer **Höhne** in der Schuhstraße gehöriger, an dem von ihm bewohnten Hause befestigter Schaukasten, welcher eine ganze Menge von Messern rc. enthielt, abgebrochen und entwendet. Man fand den Kasten, seines Inhaltes beraubt, heute früh am Bohlwerke. Der Verbleib der gestohlenen Waaren ist bisher noch nicht ermittelt.

— Vor einigen Tagen wurden in einem Hause der Baumstraße zu ein und derselben Zeit verschiedenen dort wohnhaften Personen aus verschlossenen, mittelst Nachschlüssel geöffneten Behältnissen, mehrere Bett- und Kleidungsstücke gestohlen, ohne daß es bisher gelungen ist, den Dieb zu ermitteln.

Vermischtes.

— Daß Berlin Weltstadt wird, davon gaben in dieser Woche zwei Vorfälle die entsprechende Illustration. Am Mittwoch blieb in der Kolonnenstraße ein Leichenzug in dem dort herrschenden unergründlichen Schmutze stecken. Es mußte erst ein Leiterwagen und Hülfsmannschaft geholt werden, um den Sarg bis nach der Chaussee bringen zu können. Der zweite Fall grenzt an's Unglaubliche, ist aber trotzdem in der Residenzstadt Berlin vorgekommen. Man höre und staune! In der Schwedterstraße ist ein Pferd im Straßengraben ertrunken. Der auf solche Weise verunglückte Gaul stand im Dienste der Abfuhrgesellschaft und gehörte einem Handelsmann, Namens Haase. Letzterer, welcher wußte, daß das Pferd seinen Weg ganz genau kannte und im Uebrigen zum Durchgeben durchaus keine Neigung mehr besaß, war in der gedachten Straße ein Stück Weges hinter dem Wagen zurückgeblieben. Als er ihn wieder einholte, fand er den Gaul im Straßengraben vor. Der Wagen war gegen einen Prellstein gefahren und in Folge des heftigen Stoßes der bereits altersschwache Gaul zu Boden und in den Graben gestürzt, den der Regen mit Wasser gefüllt hatte. Haase vermochte das Pferd nicht herauszuholen, Hülfe war nicht gleich bei der Hand und so mußte denn das Thier darin umkommen. Die glücklichen Bewohner dieser schönen Gegend waren am andern Morgen nicht wenig verwundert, den todten Gaul im Sraßengraben vorzufinden.

Landwirthschaftliches.

— Ueber Winterwicke schreibt (Zeitschrift des landwirthschaftlichen Central-Vereins der Provinz Sachsen) Zöppritz-Ganterhof (bei Ravensburg): „Als ein außerordentlich werthvolles Gewächs möchte ich allen Fachgenossen die Winterwicke empfehlen. Dieselbe liefert, mit etwas Roggen gemengt, sehr früh ein außerordentlich gutes Grünfutter und sollte in allen Wirthschaften, die eben Futter-Roggen bauen, nicht fehlen. Der Futterroggen wird, wie bekannt, oft zu schnell holzig; die Winterwicken dagegen bleiben noch länger nachher frisch und saftig, und es zeigt sich von großem Vortheil, dem Futterroggen um so mehr Winterwicken beizumengen, je später man ihn verwenden will. Merkwürdiger Weise hielten die aus England vor Jahren bezogenen unsere Winter weniger gut aus, während solche aus Savoyen jeden Kältegrad gut ertragen und selbst auf Moorboden zweimal aushielten, während der zwischengesäete Roggen auswinterte. Noch haben sie die vortreffliche Eigenschaft, zeitig gemäht, wieder zu treiben und vollständig nur wenige Tage nach nicht grün gemähten zu reifen. Sie werden hier schon am 24. April gemäht, in einer Höhe über dem Meere von 1860'. Samen zu Versuchen bin ich bereit zum Preise von 5 Thlr. 20 Sg. den Centner abzugeben."

Neueste Nachrichten.

Köln, 9. Januar, Nachmittags 1 Uhr. Die Ziehung der Dombau-Lotterie ist wegen verzögerter Einzahlung der für die Loose eingegangenen Beträge auf morgen verschoben.

Konstantinopel, 9. Januar. Die Pforte hat von Plänen der griechischen Aktionspartei Kenntniß erlangt, auch andere Inseln im Archipel zu insurgiren.

Börsen-Berichte.

Stettin, 10. Januar. Witterung: leicht bewölkt. Nachts starker Regen. Temperatur + 3 ° R. Wind: SW.

An der Börse.

Weizen niedriger, schließt etwas fester, loco pr. 85pfd. gelber 80 bis 87 Rt. bez., feiner 88—90 Rt. bez., weißer 90—$91\frac{1}{2}$ Rt. bez., 83—85pfd. gelber Frühjahr 88-$86\frac{3}{4}$—$87\frac{1}{4}$ Rt. bez. u. Gd., Mai-Juni $88\frac{1}{4}$—$87\frac{3}{4}$ Rt. bez., 88 Rt. Br.

Roggen wenig verändert, pr. 2000 Pfd. loco 55—$56\frac{1}{2}$ Rt. bez., Januar 54 Rt. Br., Frühjahr 55 Rt. bez., Br. u. Gd., Mai-Juni $55\frac{1}{2}$ Rt. bez., Juni-Juli $56\frac{1}{4}$, 56 Rt. bez., Juli-August 57, $56\frac{1}{2}$ Rt. bez., Br. u. Gd.

Gerste loco pr. 70pfd. kleine 44 Rt. bez., große $48\frac{1}{2}$, 49 Rt. bez., 69—70pfd. schlef. Frühjahr $49\frac{1}{2}$ Br., 49 Gd.

Hafer loco pr. 50pfd. 29—30 Rt. bez., 47—50pfd. Frühjahr $31\frac{1}{2}$ Rt. Br., 31 Gd.

Erbsen loco 55—60 Rt. bez., Frühjahr Futter- 58 Rt. Br.

Rapps galiz. 87 Rt. bez.

Winterrübsen September-Oktober 85 Rt. Br.

Rüböl matt, loco $11\frac{5}{6}$ Rt. Br., Januar $11\frac{7}{12}$ Rt. Br., $11\frac{1}{2}$ Gd., April-Mai $12\frac{1}{6}$ Rt. Br., 12 Gd., September-Oktober $12\frac{1}{3}$ Rt. bez. und Brief.

Spiritus wenig verändert, loco ohne Faß $16\frac{1}{4}$ Rt. bez., Januar $16\frac{1}{6}$ Rt. Br., Frühjahr $16\frac{2}{3}$ Rt. bez. u. Gd., Mai-Juni 17 Rt. Br. u. Gd.

Angemeldet: 200 Ctr. Rüböl.

Hamburg, 9. Januar. Getreidemarkt. Weizen loco matt, 2 Thlr. niedriger, ab Auswärts fest, 129—130pfdger ab Pommern 150 bez. Pr. Januar-Februar 5400 Pfd. netto 154 Bankothaler Br., 153 Gd., pr. Frühjahr 151 Br., 150 Gd. Roggen loco still, ab Auswärts 1 Thaler niedriger, pr. Januar-Februar 5000 Pfd. Brutto 92 Br., 90 Gd., pr. Frühjahr 90 Br., 89 Gd. Oel loco $25\frac{1}{2}$, pr. Mai $26\frac{1}{2}$—$26\frac{3}{8}$, pr. Oktober 27, geschäftslos. Kaffee fest, 2000 Sack diverse Sorten umgesetzt. Zink fest, 2000 Ctr. pr. Frühj. zu $14\frac{1}{2}$ verkauft. — Wetter milde, schön.